



# Nachhaltige Entwicklung – Politik für Generationen

## Bilanz und Ausblick

7  
Juli 2005



## **Eine Nachhaltige Entwicklung für Deutschland**

1. **Eine Nachhaltige Entwicklung ist vernünftig und vorausschauend** – weil sie die langfristigen Folgen heutigen politischen Handelns berücksichtigt.
2. **Eine Nachhaltige Entwicklung schafft soziale Gerechtigkeit** – weil sie die Interessen der Menschen hier und heute in Ausgleich bringt mit den Interessen unserer Kinder und Enkelkinder.
3. **Eine Nachhaltige Entwicklung verringert Armut und Konflikte und schafft Frieden** – denn in einer Welt des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs haben alle Menschen Perspektiven für ein friedliches Miteinander.
4. **Eine Nachhaltige Entwicklung schafft Innovationen und Arbeitsplätze** – durch intelligente Ideen und Konzepte erreichen wir Wettbewerbsvorteile und wirtschaftliches Wachstum.
5. **Eine Nachhaltige Entwicklung ist lebensnotwendig** – weil natürliche Ressourcen und die Aufnahmefähigkeit der Umwelt in dramatischem Maße abnehmen.
6. **Nachhaltigkeit trifft den Kern des Verhältnisses zwischen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem.**
7. **Eine Nachhaltige Entwicklung bedeutet mehr Teilhabe und Verantwortung** – weil sie ein Gemeinschaftsprojekt von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist.
8. **Eine Nachhaltige Entwicklung macht fit für die Zukunft** – weil sie Visionen für mehr Lebensqualität bietet!

**Nachhaltigkeit ist eine moderne Vision, die viele Grundwerte mit dem sozialdemokratischen Selbstverständnis gemeinsam hat: Gerechtigkeit, Solidarität, gute Lebensbedingungen für alle. Eine Nachhaltige Entwicklung kann Deutschland erneuern und zukunftssicher in einer globalisierten Welt verankern. Es gibt keine gerechte Alternative.**

## **1. Eine Nachhaltige Entwicklung ist vernünftig und vorausschauend – weil sie die langfristigen Folgen heutigen politischen Handelns berücksichtigt.**

Eine Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen zufrieden stellt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Das heißt: Eine Politik der Nachhaltigkeit denkt weiter als bis zum Ende der Wahlperiode und als bis zu den Landesgrenzen. Sie handelt nicht egoistisch nach dem Prinzip: Nach mir die Sintflut. Sondern sie schaut über den Tellerrand der unmittelbaren, kurzfristigen Betroffenheit hinaus. Sie sieht klaren Auges die Grenzen, innerhalb derer wir uns bewegen. Ein Beispiel: Wenn man einen Wald bewirtschaftet und vom Verkauf des Holzes lebt, so kann man nicht mehr Bäume fällen, als man gepflanzt hat. Man muss rechtzeitig neue Setzlinge pflanzen, damit man diese zu einem späteren Zeitpunkt abholzen kann. Der Wald muss sich selbst erhalten. Nicht zufällig kommt der Begriff der Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist in vielen Anträgen engagiert für eine Nachhaltige Entwicklung eingetreten. Die Bundesregierung hat 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die alle zwei Jahre fortgeschrieben werden soll (erstmalig geschah dies 2004). 21 Indikatoren sollen anzeigen, ob wir uns auf einem langfristig zukunftsfähigen Pfad befinden, und es wurden Schwerpunkte benannt, die unser Land in Richtung Nachhaltigkeit bringen sollen.

### **Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**

1. Energie- und Rohstoffintensität
2. Treibhausgasemissionen
3. Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch
4. Siedlungs- und Verkehrsfläche
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten
6. Staatsdefizit
7. Verhältnis der Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt
8. Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

9. Quote der 25-jährigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. Berufsausbildung; Studienanfängerquote
10. Bruttoinlandsprodukt
11. Transportintensität; Anteil des Schienenverkehrs an der Güterverkehrsleistung
12. Ökologischer Landbau; Stickstoff-Überschuss
13. Schadstoffbelastung der Luft
14. Vorzeitige Sterblichkeit (vor 65); Zufriedenheit mit der Gesundheit
15. Wohnungseinbruchsdiebstahl
16. Erwerbstätigenquote
17. Ganztagsbetreuungsquote in den alten Ländern
18. Verhältnis Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer (alte Bundesländer)
19. Ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
20. Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
21. Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

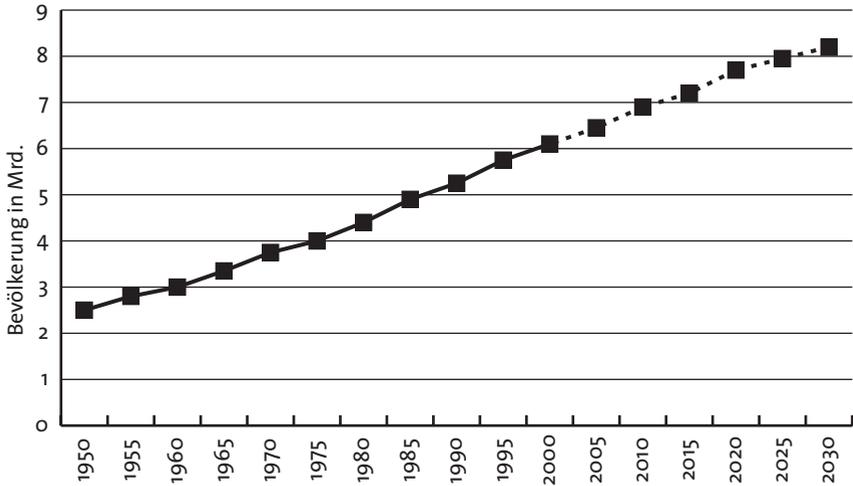
Auf Initiative der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Deutsche Bundestag 2004 die Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung beschlossen.

Eine Politik der Nachhaltigkeit fragt: Wie können wir langfristig zukunftstaugliche Arbeitsplätze sichern und schaffen? Wie können wir unsere Lebensqualität erhalten oder verbessern? Wie kann unter den Bedingungen der Globalisierung eine gerechte Verteilung aussehen? Wie können wir die Ressourcen des Planeten Erde so nutzen, dass sie auch unseren Kindeskindern noch zur Verfügung stehen und keine irreparablen Schäden entstehen?

Eine Politik der Nachhaltigkeit versucht, mit existenziellen Zielkonflikten zwischen den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt umzugehen und langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln.

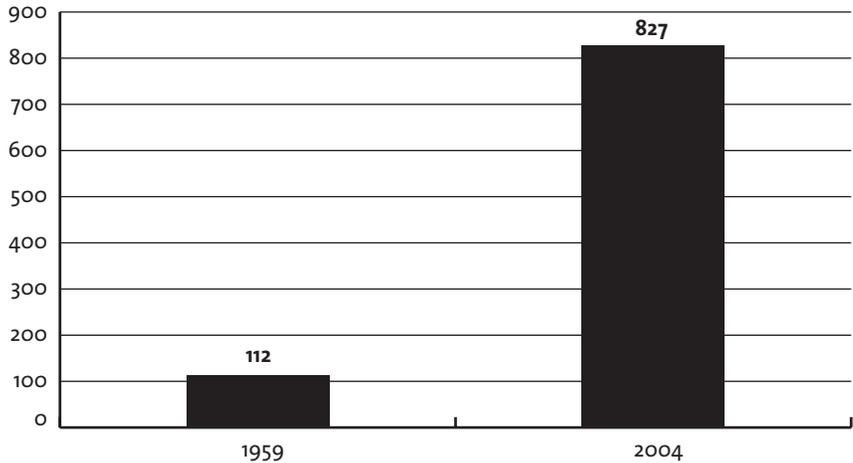
Die Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, unterscheiden sich dramatisch von denen früherer Generationen. Daher ist es nicht möglich, darauf zu vertrauen, dass die Menschen schon immer technische Lösungen, auch für schwierige Probleme, gefunden haben. Es handelt sich um fundamentale Veränderungen, quantensprunghafte Entwicklungen. Einige Beispiele:

## GLOBALE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



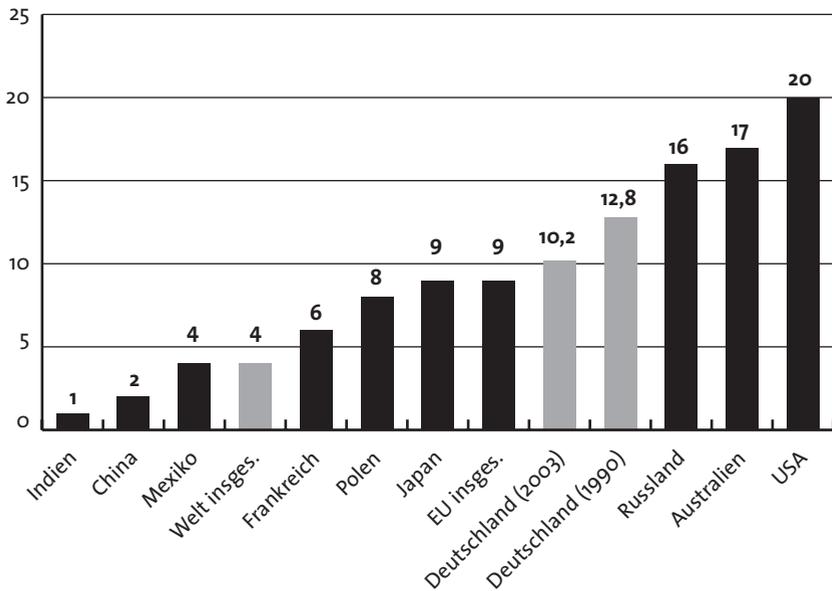
Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, World Population Prospects: The 2004 Revision and World Urbanization Prospects: The 2003 Revision, <http://esa.un.org/unpp>

## KRAFTFAHRZEUGBESTAND WELTWEIT (in Millionen)



Quelle: Verband der Automobilindustrie (Hg.): Tatsachen und Zahlen. Jg. 1961, 2004

## PRO-KOPF-CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN (Tonnen pro Jahr)



Quelle: Umweltbericht der Bundesregierung 2002, DIW-Wochenbericht 10/2004

All dies sind Auswirkungen einer wachsenden Weltbevölkerung, in Verbindung mit steigenden Wohlstandsansprüchen von immer mehr Menschen.

**Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag wollen eine Politik der Nachhaltigkeit gerecht gestalten – in einer veränderten, globalisierten Welt.**

## 2. Eine Nachhaltige Entwicklung schafft soziale Gerechtigkeit – weil sie die Interessen der Menschen hier und heute in Ausgleich bringt mit den Interessen unserer Kinder und Kindeskiner.

Die demographische Entwicklung in Deutschland bereitet große Sorgen: Die Deutschen bekommen immer weniger Kinder, immer mehr Menschen werden immer älter. Immer weniger Schultern haben immer mehr zu tragen. Dies verschiebt die Basis unseres Generationenvertrages. Dies ist ein Grund dafür, warum eine Fortsetzung der Politik, wie sie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Deutschland stattgefunden hat, in vielen Bereichen nicht mehr möglich ist – will man nicht nachfolgenden Generationen eine Last aufbürden, die sie nicht mehr tragen können.

Andere Staaten haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt Reformen begonnen und sind damit weiter als wir. Die Altlasten früherer Regierungen sind nicht von heute auf morgen abzutragen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist daher die Reformen der **Agenda 2010** angegangen. Bundeskanzler Schröder sagte in seiner Regierungserklärung im März 2003: »Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden«.

Unsere **Sozialversicherungssysteme** sind nicht länger tragfähig. Die Struktur unserer Sozialsysteme war bis zum Regierungswechsel 1998 seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben. Das hatte z. B. zur Folge, dass zwischen 1982 und 1998 allein die Lohnnebenkosten von 34 auf fast 42 Prozent gestiegen sind. Daraus ergab sich nur eine Konsequenz: Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung. Wir haben uns an diesen Umbau gewagt, und nicht die CDU und FDP. Die **Hartz-Reformen** basieren auf einem neuen Verständnis von Arbeitsmarktpolitik, nämlich zu aktivieren statt zu alimentieren. Mit der **Riester-Rente** haben wir die dritte (kapitalgedeckte) Säule der Alterssicherung eingeführt, und mit dem **Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz** wurden Anreize für Frühverrentung abgebaut. Auch mit vielen anderen Reformmaßnahmen hat die SPD-Bundestagsfraktion damit begonnen, die demographischen Veränderungen zu gestalten, so z. B. das **Ganztags schul-Programm** und der **Ausbau der Kinderbetreuung** sowie die **Gesundheitsreform**.

Durch weitere Verschuldung sind diese Probleme nicht lösbar. Die **Verschuldung** der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen – beim Bund, den Sozialversiche-

Trägern, bei den Ländern, in den Kommunen – hat dramatische Ausmaße angenommen. Wollen wir nicht an Zinszahlungen ersticken, sind auch hier Kurskorrekturen notwendig. Sonst droht die Handlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand, notwendige Investitionen und gewünschte Transferleistungen sind nicht mehr möglich.

**Die SPD-Bundestagsfraktion ist die enormen Herausforderungen, in denen wir stecken, mit zahlreichen Reformen gerecht und sozial angegangen. Wir haben die Gestaltungsmöglichkeiten genutzt, die wir unter den gegebenen Bedingungen der demographischen Entwicklung in einer globalisierten Welt haben, um unser Land in Richtung einer nachhaltigen Gesellschaft zu entwickeln – und wollen dies auch in der nächsten Legislaturperiode tun.**

### **3. Eine Nachhaltige Entwicklung verringert Armut und Konflikte und schafft Frieden –** denn in einer Welt des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs haben alle Menschen Perspektiven für ein friedliches Miteinander.

Es geht nicht nur um Gerechtigkeit in Deutschland. Es geht auch um Gerechtigkeit zwischen den Staaten dieser Welt und den Menschen, die in ihnen leben. Immer mehr Menschen auf unserer Erde wollen berechtigterweise eine Teilhabe am Wohlstand, wenn sich ihr Einkommen erhöht. Eine Nachhaltige Entwicklung versucht, dem gerecht zu werden – bei begrenzten Ressourcen und begrenzter Aufnahmefähigkeit der Erde für Umweltbelastungen. Sich um internationale Gerechtigkeit zu sorgen, ist ein Wert an sich – aber immer auch Friedens- und Sicherheitspolitik, denn Ungerechtigkeit kann gewaltsame Konflikte erzeugen.

Zu lange sind Politik und Wirtschaft von Bedingungen ausgegangen, die bereits lange nicht mehr gegeben sind. Zu viele Faktoren haben sich im letzten Jahrzehnt dramatisch verändert bzw. beschleunigt – die weltweite Bevölkerungsentwicklung (von 1,65 Mrd. im Jahr 1900 auf 6,2 Mrd. 2002), der Verbrauch natürlicher Ressourcen, Handel, Kommunikation, das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats, die politischen Rahmenbedingungen.

Dennoch hat die Globalisierung auch das Potenzial, global betrachtet die Welt gerechter zu machen. Immer mehr Menschen in Entwicklungsländern haben theoretisch Zugang zu einem besseren Lebensstandard. Dies führt jedoch zugleich zu massiven sozialen Verwerfungen. Menschen in Entwicklungsländern arbeiten teilweise unter nicht tragbaren Umständen, und in den Industrieländern wird die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern spürbar. Gleichzeitig gibt es bei uns eine große Nachfrage nach in diesen Ländern produzierten Billigprodukten. Die Globalisierung belebt den alten Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, dramatisch ergänzt um die Komponente der abnehmenden Umweltressourcen.

Hier gilt es, einen klaren Kopf zu bewahren. Für diese Entwicklungen und Probleme gibt es keine einfachen Lösungen, zumal die Handlungsfähigkeit der Politik immer stärker eingeschränkt wird. Die Bundesregierung und der Bundestag haben auf vielen Ebenen auf diese Herausforderungen reagiert.

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat sich der Bundestag als erstes Parlament mit den Herausforderungen der Globalisierung und der Nachhaltigen Entwicklung befasst: Die **Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft«** hat dem Parlament 200 Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der Globalisierung an die Hand gegeben, von denen einige bereits zu Parlamentsbeschlüssen geworden sind.

Die Vereinten Nationen haben im Jahr 2000 die Millennium Development Goals beschlossen – Ziel ist die Halbierung der Armut bis 2015. Im September dieses Jahres wird die UN-Vollversammlung die Fortschritte bewerten. Die Bundesregierung ist hier als eine der ersten Regierungen weltweit aktiv geworden: Mit dem **Aktionsprogramm 2015 zur Bekämpfung der globalen Armut** haben wir mit zehn Ansatzpunkten den deutschen Beitrag zur Halbierung der extremen Armut formuliert. Wir haben uns im Rahmen der EU erfolgreich für eine **Marktöffnung** für die am wenigsten entwickelten Länder sowie für eine **Agrarreform** eingesetzt, die Handelsverzerrungen durch Agrarsubventionen reduziert. Auf Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde auf dem Kölner G8-Gipfel die **Entschuldungsinitiative** für die ärmsten, hochverschuldeten Länder (HIPC) im Umfang von insgesamt ca. 70 Milliarden US-Dollar gestartet und erfolgreich vorangetrieben.

Wir wollen die **Vereinten Nationen** stärken und setzen uns für eine stärkere Demokratisierung von **IWF und Weltbank** ein. In diesem Zusammenhang ist es Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion, die Politik der Weltbank künftig noch stärker auf die Förderung der **erneuerbaren Energien** auszurichten. Deutschland fördert übrigens Projekte in 39 Partnerländern mit einem Gesamtvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich innerhalb der **Welthandelsorganisation WTO** dafür ein, dass die handelsverzerrenden **Subventionen** der Industrieländer drastisch reduziert werden mit dem Ziel, sie mittelfristig ganz abzuschaffen. Wir unterstützen die konsequente Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Zugleich müssen wir um **hohe Sozial- und Umweltstandards** kämpfen. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt dafür ein, dass transnationale Unternehmen sowie Regierungen in deren Herkunftsländern politische Verantwortung übernehmen müssen für die Einhaltung international vereinbarter Standards. Wir haben in der Weltbank unseren Einfluss dahingehend geltend gemacht, dass bei der Förderung von Rohstoffen ökologische und soziale Belange eingehalten werden.

Die Bundesregierung hat die Zusage gegeben, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des

Bruttosozialproduktes zu steigern. Zudem setzen wir uns für **neue Finanzierungsinstrumente** ein, z. B. für eine Abgabe auf internationale Flugtickets.

Um weiter voranzukommen, brauchen wir eine **starke EU** mit einer politischen Vision. Mit einer starken EU haben wir eine große Chance, in der internationalen Politik unsere Vorstellungen von globaler Gerechtigkeit zu vertreten und durchzusetzen.

**Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag wollen eine gerechte Verteilung – national wie international.**

#### **4. Eine Nachhaltige Entwicklung schafft Innovationen und Arbeitsplätze –** durch intelligente Ideen und Konzepte erreichen wir Wettbewerbsvorteile und wirtschaftliches Wachstum.

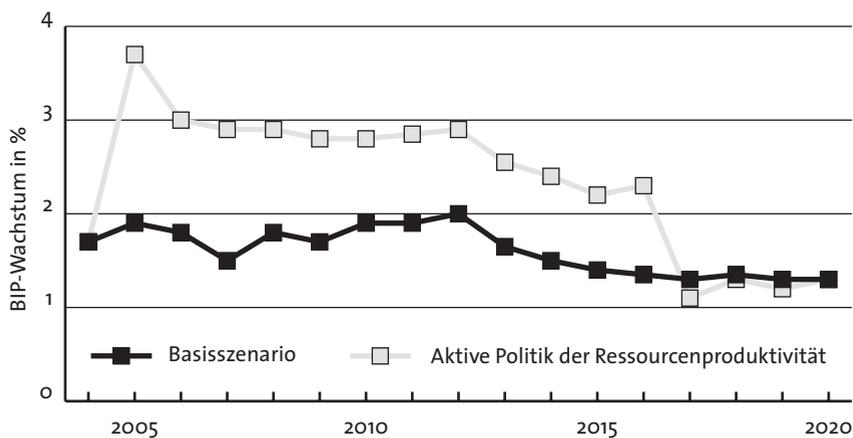
Was heißt das für unsere Arbeitsplätze? Wir können nicht mit Billiglohnländern konkurrieren, in denen es wesentlich geringere Lebenshaltungskosten gibt und zudem teilweise unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert wird. Dies betrifft die soziale Nachhaltigkeit. Auch in Bezug auf die ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit ist es grundfalsch, Arbeitsplätze/Wirtschaft und Umweltschutz als unvereinbare Widersprüche einander gegenüber zu stellen. Es ist ignorant, die Notwendigkeit von Klimaschutz klein zu reden – ja, es ist sogar gefährlich und verantwortungslos. Bereits jetzt sind beispielsweise die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels in Mitteleuropa in Form von Dürren spürbar, die zu einer Abnahme des Tourismus führen. Wenn der Meeresspiegel steigt, wird dies nicht nur für Großbritannien und die Niederlande gravierende ökonomische Folgen haben. In ökonomischer Hinsicht kann man nicht ignorieren: Eines der momentanen Haupthindernisse für Wachstum ist der hohe Ölpreis – und es ist nicht absehbar, dass dieser in Zukunft deutlich sinken wird. Insofern ist es auch ökonomisch zwingend, einen Weg »weg vom Öl« hin zu erneuerbaren Energien zu finden, die ohne Zweifel weltweit immer stärker boomen werden.

Was ist die Alternative? Wo liegen unsere Stärken, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu vergrößern? Wir brauchen innovative Produkte und Dienstleistungen, wir müssen in Forschung und Entwicklung sowie die anschließende Markteinführung investieren, unsere Vorreiterrolle in Zukunftsmärkten, wie z.B. im Bereich der Erneuerbaren Energien, ausbauen und anderswo aufbauen. Dort entstehen dann auch zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Wir brauchen intelligente Technologien, die mit wenigen Ressourcen viel leisten. Wir benötigen intelligentes Wachstum. Unsere Zukunft liegt in der Qualität, nicht in der Quantität. Dafür steht nach wie vor das Markenzeichen »Made in Germany«, für das wir sehr gut qualifizierte Jobs und Arbeitskräfte benötigen. Der Umwelt-Nachhaltigkeits-Index des Weltwirtschaftsforums belegt den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Wo liegen nun diese **Zukunftsmärkte mit Wettbewerbsvorteilen** für uns? In Zeiten knapper werdender Ressourcen und steigender Wohlstandsansprüche ganz sicher dort, wo Effizienzsteigerungen möglich sind. Ein Beispiel: In China besitzen heute 3 von 1.000 Personen ein Auto. Mit steigendem Wohlstand könnte China bald der weltgrößte Automobilmarkt werden. Dort gibt es jedoch – aufgrund steigender Ölpreise und relativ geringer Einkommen – ein Bedürfnis nach kleinen und sauberen Autos (die chinesische Regierung will bei Automobilen bis 2010 europäische Emissionsstandards erreichen). Auch der steigende Ölpreis ist ein Grund, auf sparsamere Autos und neue Technologien zu setzen – wie z. B. Erdgas- oder Hybridfahrzeuge (letztere sind in den USA bereits ein Verkaufsschlager, bei ersteren sind deutsche Autohersteller Technologie- und Marktführer).

China plant im Übrigen eine Verdoppelung der **Ressourcenproduktivität** von 100 %, also einem Faktor 2 innerhalb der nächsten 20 Jahre. In Entwicklungs- und Schwellenländern ist die strategische Erhöhung der Ressourcenproduktivität geradezu zur Voraussetzung für eine gedeihliche, eine nachhaltige Entwicklung geworden – aufgrund der absehbaren Verknappung von Ressourcen. Es ist also durchaus denkbar, dass sich mittelfristig bei der Ressourcenproduktivität und bei ressourceneffizienten Produkten ein ähnliches Wettrennen auf den Weltmärkten abspielen könnte wie bislang bei der Arbeitsproduktivität.

### MEHR WACHSTUM DURCH FÖRDERUNG DER RESSOURCENPRODUKTIVITÄT (PROJEKTION)



Quelle: Aachener Stiftung Kathy Beys, 2005

Ein weiterer großer Markt, wo wir zum Teil bereits Vorreiter sind, ist die umweltfreundliche, dezentrale Energieerzeugung und -versorgung. Hier haben die Koalitionsfraktionen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen, um die Vorreiterrolle Deutschlands auszubauen: Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), die Einführung des Emissionshandels und die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Mit der Novellierung des **Erneuerbare-Energien-Gesetzes** (EEG) haben wir das wirkungsvollste Förderinstrument für die Erneuerbaren Energien präzisiert und neue Schwerpunkte bei Offshore-Windkraft, Biomasse und Solarstrom gesetzt. Wir sind damit auf sehr gutem Wege, das Ziel von 12,5 % Strom aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Auch das ambitionierte mittelfristige Ziel von 20 % regenerativem Strom bis zum Jahr 2020 ist realistisch.

Mit der Einführung des europaweiten **Emissionshandels** mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten haben wir einen umweltpolitischen Paradigmenwechsel vollzogen. Erstmals wird in einem relevanten Umfang branchenübergreifend ein marktwirtschaftliches Instrument auf seine Tauglichkeit für kosteneffizienten Klimaschutz erprobt. Das neue **Energiewirtschaftsgesetz** bedeutet eine grundlegende Modernisierung des rechtlichen Rahmens für die Strom- und Gaswirtschaft. Wir erwarten neue Impulse zugunsten von mehr Wettbewerb sowie eine deutliche Verbesserung der Markttransparenz.

Die **Verbesserung der Energieeffizienz** ist sicherlich eine der in dieser Legislaturperiode nicht zufriedenstellend gelösten Aufgaben und eine bleibende Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Verbraucher. Zwar haben wir eine Vielzahl von Initiativen, Programmen und Gesetzen verabschiedet, die effizienzverbessernde Wirkungen haben – z. B. das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz, das KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm sowie steuerliche Anreize. Dennoch bleiben bislang große Effizienzpotenziale ungenutzt.

Branchen, die von Arbeitsplatzverlusten betroffen sind, können durch Umdenken neue Arbeitsplätze schaffen. **Beispiel Bauwirtschaft:** Aufgrund der demographischen Entwicklung (unsere Bevölkerung schrumpft) werden in Zukunft weniger Wohnungen und gleichzeitig mehr seniorengerechte Wohnungen benötigt. Trotz großer regionaler Unterschiede bedeutet heutiger Neubau unterm Strich in einigen Jahren einen weiteren Wohnungsüberschuss. In vielen Regionen werden bereits heute Wohnungen zurückgebaut. Langfristig werden auch manche öffentlichen Gebäude (Verwaltungsgebäude, Schulen, etc.) überflüssig werden. Die Sanierung und das Umfunktionieren von bestehenden Gebäuden mit gleich-

zeitigem Ziel der Reduzierung des Energieverbrauchs und dem Einbau von regenerativen Energiequellen ist ein lukratives neues Geschäftsfeld. Hier können Arbeitsplätze in der Baubranche gesichert werden – und zudem kann jede Menge CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Es ist eine fatale Fehleinschätzung anzunehmen, dass Umweltschutz etwas ist, was man sich lediglich in wirtschaftlich guten Zeiten leisten kann. Unsere skandinavischen Nachbarn machen es uns vor: **Umweltvorsorge und soziale Gerechtigkeit gelten dort als Bestandteile und Voraussetzung des Wachstums**, und nicht als Bremse. Im Übrigen: Im Jahr 2002 waren in Deutschland fast 1,5 Mio. Erwerbstätige im Bereich des Umweltschutzes beschäftigt, das sind 3,8 % aller Beschäftigten – somit mehr, als bei den deutschen Automobilbauern beschäftigt sind. Auch die Auslandsnachfrage nach Umweltschutzgütern hat sich von 1998 bis 2002 mehr als verdoppelt. Und: Unsere Politik der ökologischen Modernisierung hat Deutschland in innovativen Technologien eine weltweite Führungsrolle beschert. Auch dies ist ein Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik!

**Ökologische Nachhaltigkeit ist also alles andere als ein »Jobkiller«. Im Gegenteil: Umweltvorsorge kann entscheidend zur Lösung des Arbeitslosenproblems beitragen, und sie schafft Voraussetzungen für technologische Innovationen, bei denen wir eine weltweite Führungsrolle einnehmen können und somit Wettbewerbsvorteile haben.**

## 5. Eine Nachhaltige Entwicklung ist lebensnotwendig – weil natürliche Ressourcen und die Aufnahmefähigkeit der Umwelt in dramatischem Maße abnehmen.

Eine Nachhaltige Entwicklung ist kein Luxus für wirtschaftlich gute Zeiten – sie ist lebensnotwendig (im Übrigen auch für die Wirtschaft).

Ein paar Fakten zur ökologischen Nachhaltigkeit:

- Im 20. Jahrhundert war der **Temperaturanstieg** auf der Nordhalbkugel größer als jemals zuvor in 1000 Jahren. Die Temperaturen der vergangenen zehn Jahre waren global die wärmsten seit Beginn der Messungen im 19. Jahrhundert und seit mindestens mehreren Jahrhunderten davor. Der überwiegende Teil dieser Temperaturerwärmung ist auf gestiegene Treibhausgasemissionen, v.a. CO<sub>2</sub>, zurückzuführen.
- Ca. **30.000 Tote** allein in Europa hat die Hitzewelle im Sommer 2003 quer durch alle Altersschichten gefordert.
- Durch den Klimawandel befürchtet man einen Verlust von 15–37% aller **Tier- und Pflanzenarten** bis 2050.
- Die Arktis erwärmt sich doppelt so schnell wie der Rest der Erde. Die Fläche des arktischen Meereises ist in den letzten Jahrzehnten um 15–20% geschrumpft, das **Abschmelzen des Eisschildes** auf Grönland hat sich überraschend stark beschleunigt.

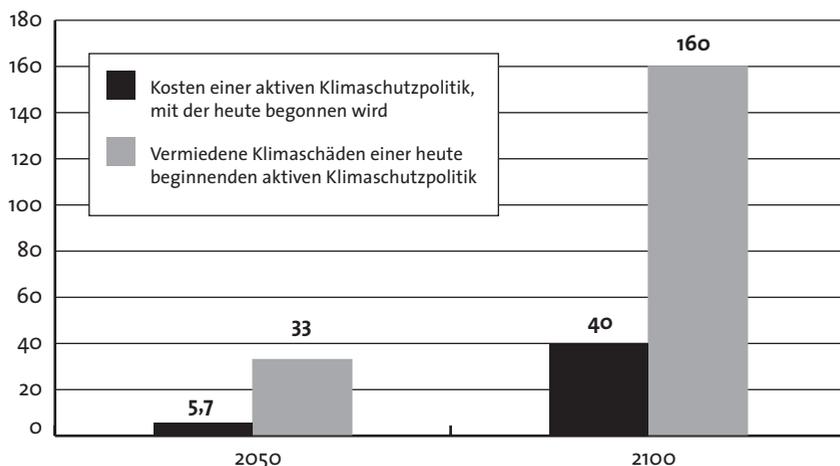
Die bislang schon sichtbare **Klimaänderung** ist nur ein kleiner Vorbote viel größerer Veränderungen – wenn es bei einem ungebremsten weiteren Anstieg der Treibhausgaskonzentration bleibt. Der UN-Klimabeirat IPCC rechnet mit einem globalen Temperaturanstieg von 1,4–5,8 °C bis zum Jahr 2100 (gegenüber 1990). Nach neueren Studien sind auch noch höhere Werte nicht ausgeschlossen.

Der **Anstieg des Meeresspiegels** wird dadurch in einigen Jahrhunderten voraussichtlich mehrere Meter betragen. Im 20. Jahrhundert waren es 15–20 cm, mittlerweile hat sich der Meeresspiegelanstieg auf 3 mm/Jahr beschleunigt. Das wird gerade die armen Länder am härtesten treffen, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben.

Die Zahl der Toten im Sommer 2003 zeigt, dass jedoch auch die Länder des Nordens von der Klimaveränderung betroffen sind. Sichtbar wird dies z. B. durch die **finanziellen Folgen** von wetterbedingten Naturkatastrophen: In den letzten 40 Jahren haben sich die finanziellen Folgen für die Weltwirtschaft versiebenfacht, während sich die Zahl der Naturkatastrophen mehr als verdreifacht hat.

Daher ist es wichtig, dass wir heute aktiv in den Klimaschutz einsteigen. Vorsorgender Klimaschutz ist nicht nur nachhaltiger als nachsorgender, er ist auch deutlich kostengünstiger!

### KOSTEN UND NUTZEN EINES FRÜHEN KLIMASCHUTZES IN DEUTSCHLAND (IN MRD. US-\$)



Quelle: DIW-Wochenbericht 12-13/2005

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich massiv für eine Politikwende eingesetzt, was den Schutz unserer Lebensgrundlagen angeht.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Deutschland zum Vorreiter in der **Klimaschutzpolitik** und bei den **Erneuerbaren Energien** gemacht – und das wirtschaftlich erfolgreich (s. Punkt 5). Ziel unseres Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist es, dass diese bis 2020 20% des Stroms bereit stellen. Weitere Maßnahmen, die wir für unsere Umwelt und die Wirtschaft ergriffen haben, sind z. B. der **Emissionshandel**

und der Ausstieg aus der Atomenergie. Wir haben Rahmenbedingungen geschaffen, um **hocheffiziente Kraftwerkstechnik** (Gas- und Dampfturbinen, Kraft-Wärme-Kopplung) zu fördern. Wir haben die Forschung und Entwicklung im Bereich der **alternativen Kraftstoffe** vorangebracht, die Biokraftstoffe bis 2009 von der Mineralölsteuer befreit und für Gaskraftstoffe eine Steuerermäßigung eingeführt.

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich glaubwürdig, wirtschaftsverträglich und sozial um den Schutz unserer Lebensgrundlagen gekümmert und wird dies auch weiterhin tun.**

## 6. Nachhaltigkeit trifft den Kern des Verhältnisses zwischen Umwelt, Wirtschaft und Sozialem.

Eine Politik der Nachhaltigen Entwicklung sorgt sich um das Spannungsverhältnis, das zwischen **Umwelt, Wirtschaft und Sozialem** besteht. Wir müssen hierbei im Gleichgewicht bleiben – weil uns nur ein Planet zur Verfügung steht.

Über zwei Jahrhunderte sind die Kosten für den Faktor Arbeit kontinuierlich angestiegen. Hand in Hand hiermit stieg die **Arbeitsproduktivität**. Das ist die uralte Einsicht der Tarifverhandlungen. Im Laufe von zwei Jahrhunderten ließ sich die Arbeitsproduktivität gut verzwanzigfachen.

Das war die plausible und rationale Antwort auf die Armut des Menschen unter den Bedingungen einer reichlich vorhandenen Natur. Heute ist die Situation völlig anders. Heute ist Armut meist die Folge von Arbeitslosigkeit und diese vermehrt sich weltweit durch weiter hochgepeitschte Arbeitsrationalisierung. Knapp sind hingegen heute weltweit die natürlichen **Ressourcen**.

Allerdings belohnt der heutige scharfe Kostenwettbewerb die Unternehmen, die die **Arbeitsrationalisierung** aggressiv voranbringen. Im Ergebnis führen technologischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum somit nicht mehr zur Schaffung neuer Vollerwerbsarbeitsplätze, sondern vielfach zu deren Vernichtung.

Es wäre weltwirtschaftlich und volkswirtschaftlich wünschenswert, das **Schwergewicht des technischen Fortschritts** zu verschieben: weniger rasche Erhöhung der Arbeitsproduktivität (also der Leistungsfähigkeit pro Mitarbeiter/Mitarbeiterin – wie viel Umsatz ein Mitarbeiter erarbeitet), dafür viel mehr Erhöhung der Ressourcenproduktivität (also der Leistungsfähigkeit pro Energie- bzw. Ressourceneinheit). Eine Vervierfachung ist technisch zweifellos möglich und sie würde in 46 Jahren erreicht, wenn die Ressourcenproduktivität um jährlich 3% wächst. Mit der ökologischen Steuerreform hat sich die SPD-Bundestagsfraktion für einen ersten Schritt in Richtung einer solchen Politik eingesetzt, ohne dass dies zu wirtschaftlichen Verwerfungen führt.

Damit das Wünschenswerte geschieht, bräuchte Europa Preise, die angenähert die ökologische Wahrheit sagen. Mit der **ökologischen Steuerreform** hat sich die SPD-Bundestagsfraktion auf diesen Weg begeben. Sie bremst damit die Arbeitskosten. Ohne sie läge der Beitragssatz zur Rentenversicherung heute um 1,7%

höher (21,2% statt 19,5%). Ohne sie wäre das Wegrationalisieren von Arbeit betrieblich noch rentabler und das Wegrationalisieren von Strom- und Benzinverbrauch weniger rentabel.

Die Industriegesellschaft muss auch über den Messwert für Wohlstand nachdenken. Das Bruttoinlandsprodukt misst den Umsatz, nicht aber das Wohlergehen. Es steigt z. B. auch durch Verkehrsunfälle. Die Lebensqualität ist nicht nur wirtschaftlicher Umsatz, sondern bedeutet auch Sicherheit, Ruhe, Kultur, Bildung, Freundschaften und eine lebenswerte Umwelt.

**Wir brauchen einen intelligenten Umgang mit knappen sowie mit reichlich vorhandenen Ressourcen. Hierfür haben wir erste Signale gesetzt.**

## 7. Eine Nachhaltige Entwicklung bedeutet mehr Teilhabe und Verantwortung – weil sie ein Gemeinschaftsprojekt von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist.

Die nationale Politik kann nicht mehr alleine die zufriedenstellenden Lösungen bieten, die sich die Menschen wünschen. Der Handlungsspielraum von Politik auf nationaler Ebene hat sich verringert. Ursachen hierfür sind u.a. der zunehmende Einfluss von wirtschaftlichen Akteuren, die Einbettung in eine globalisierte Welt (auch in die EU), eine Veränderung der Probleme sowie sinkende Staatseinnahmen.

Dennoch erwarten die Menschen Lösungen von der Politik – dass diese oft nicht wie gewünscht ausfallen, macht einen Teil der **Politikverdrossenheit** aus.

Schimpfen allein reicht jedoch nicht. Für immer mehr Bereiche, um die sich ursprünglich allein der Staat kümmerte und die er regulierte, gilt mittlerweile: Staatlichkeit und **Steuerungsmöglichkeiten** haben sich in einer globalisierten Welt massiv verändert! Das Mitwirken anderer Akteure ist unerlässlich – der **Wirtschaft, der Bürgerinnen und Bürger** (auch in ihrer Rolle als Verbraucherinnen und Verbraucher!), **nichtstaatlicher Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen** etc. Lokale Agenda-Gruppen beispielsweise versuchen, zivilgesellschaftlich Politik auf kommunaler Ebene im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung mitzugestalten.

Politik heißt mittlerweile nicht mehr: Politikerinnen und Politiker drehen an einer Schraube und der gewünschte Effekt tritt ein. Sondern Staatlichkeit bedeutet vielmehr: Jeder muss mitbauen! Je breiter die Schultern, desto mehr Verantwortung. Deshalb können sich Unternehmen nicht davor drücken, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Sie haben eine große Verantwortung, sich um Arbeitsplätze, um Sozial- und Umweltstandards zu kümmern, um die Gesellschaft. Es ist daher sehr begrüßenswert, wenn sich Unternehmen im Bereich **Corporate Social Responsibility (CSR)** engagieren – viele tun das bereits. Es gibt viele Bereiche, in denen ein solches Engagement nicht mit den Gewinninteressen in Konflikt gerät, sondern im Gegenteil sich auch finanziell für Unternehmen auszahlen kann.

Doch auch die Verbraucherinnen und Verbraucher verfügen über eine enorme Macht, ihre **Nachfragemacht**. Wenn Produkte nachgefragt werden, die unter fairen Bedingungen produziert wurden und die unter Achtung der Umwelt hergestellt werden – in deren Preisen sich also die soziale und ökologische »Wahrheit« widerspiegelt –, stellt dies einen entsprechenden Produktions-Anreiz dar. Wenn jedoch vor allem die billigsten Produkte nachgefragt werden, die in Niedriglohnländern unter teilweise menschenverachtenden Bedingungen produziert werden, wird natürlich ebenso ein Anreiz geschaffen, die entsprechende Produktion auszudehnen. Die Übernahme der **Verantwortung** für die Folgen und die indirekten Wirkungen des eigenen Konsumverhaltens durch den Verbraucher ist Baustein einer nachhaltigen Lebensweise. Wir möchten die Menschen zu einer solchen Lebensweise motivieren und ihnen Entscheidungen erleichtern, z.B. durch **Kennzeichnungspflichten** von Produkten.

Unsere Entwicklung nachhaltig zu gestalten bedeutet: **Mehr Verantwortung, aber auch mehr Teilhabe** aller an Gesellschaft. Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sollten lernen, sich als Teil des Ganzen zu betrachten. Dazu gehört auch, dieses Ganze im Auge zu behalten und nicht lediglich die Partikularinteressen.

## 8. Eine Nachhaltige Entwicklung macht fit für die Zukunft – weil sie Visionen für mehr Lebensqualität bietet!

Der Erhalt und Ausbau von Wohlstand ist ein Grundpfeiler Nachhaltiger Entwicklung. Doch eine Nachhaltige Entwicklung hat den Menschen und seine Bedürfnisse als Ganzes im Blick – und subjektives **Wohlbefinden und Lebensqualität** bemessen sich nicht ausschließlich am materiellen Lebensstandard.

Wohlbefinden und Lebensqualität bedeuten eben auch, physisch und psychisch gesund zu sein, Glück und Zufriedenheit, gesunde Umwelt, Zugang zu Bildung und Kultur, Natur genießen zu können, Qualität statt Quantität, gesunde Lebensmittel, in einer solidarischen Gesellschaft zu leben, Sicherheit vor Kriminalität, Zeitwohlstand anstelle von andauerndem Stress, gut zu leben statt viel zu haben, Selbstbestimmtheit, sozialer Zusammenhalt, genügend Raum für Individualität sowie die Möglichkeit, durch politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe die persönliche Umwelt verantwortungsvoll mitgestalten zu können.

Leben in einer solidarischen Gesellschaft setzt voraus, dass **Gerechtigkeit und Toleranz** zwischen den Generationen, zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen und zwischen den Geschlechtern gewährleistet sind.

Der Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne einer Vision für mehr Lebensqualität kann und darf nicht politisch vorgeschrieben werden. Eine solche Vision kann jedoch von den Menschen in Deutschland gelebt werden. Wir wollen eine Diskussion darüber anstoßen, was **Lebensqualität in Deutschland** ausmacht.

Und wir haben **Signale** gesetzt.

In der Agrarpolitik beispielsweise hat die rot-grüne Regierung für die verstärkte Produktion gesunder Lebensmittel gesorgt. Mit der Einführung des staatlichen **Biosiegels** im September 2001 haben wir Markttransparenz und Informationsmöglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher über die Vorteile der ökologischen Wirtschaftsweise geschaffen. Die Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln ist in der Folge stark angestiegen: Es konnte ein außerordentliches Wachstum dieses Marktsegments auf über 3,5 Mrd. Euro Umsatz erreicht werden – begleitet von einer Verdoppelung der Arbeitsplätze bei der Herstellung von Bio-Lebensmitteln in den letzten zehn Jahren auf heute 80.000.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Herbst 2003 ihre **verbraucherpolitische Strategie** mit einem klaren sozialdemokratischen Profil verabschiedet. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für eine aktive und gestaltende Verbraucherpolitik als Motor für eine nachhaltige Zukunft. Ziel unserer Politik ist der aktive, gut informierte und engagierte Verbraucher, der aktive Partner auf der Nachfrageseite einer innovativen Wirtschaft. Denn Verbraucherpolitik, wie wir sie verstehen, ist auch innovative Wirtschaftspolitik, die verantwortungsvolle Unternehmen stärkt, innovative Produkte fördert und damit Arbeitsplätze sichert und schafft.

Wenn wir fit für die Zukunft sein wollen, müssen **Bildung und Forschung** eine große Rolle spielen. Wir haben die Ausgaben für Bildung und Forschung seit 1998 um 37,5 % gesteigert. Deutschland liegt heute bei den Ausgaben für **Forschung und Entwicklung** mit 2,5% des Bruttoinlandsprodukt in der Spitzengruppe der großen Industrieländer. Mit dem unter Rot-Grün aufgelegten Rahmenprogramm **»Forschung für die Nachhaltigkeit«** fördert das BMBF gezielt die Erforschung, Umsetzung und Vermittlung von Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. In 3.000 neuen Ganztagschulen können Kinder mit Erfolg lernen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass der Bund 4 Mrd. Euro bis 2008 für **10.000 neue Ganztagschulen** zur Verfügung stellt. Wir haben die **UN-Weltdekade »Bildung für Nachhaltige Entwicklung«** nach Deutschland geholt. Die Zahl der Studienanfängerinnen und der **Studienanfänger** eines Jahrgangs ist seit 1998 von 27,7 auf 37,5 Prozent gestiegen, die BAföG-Mittel wurden fast verdoppelt. Auch dies sind Erfolge sozialdemokratischer Regierungsverantwortung!

**Nachhaltigkeit ist eine moderne Vision, die viele Grundwerte mit dem sozialdemokratischen Selbstverständnis gemeinsam hat: Gerechtigkeit, Solidarität, gute Lebensbedingungen für alle. Eine Nachhaltige Entwicklung kann Deutschland erneuern und zukunftssicher in einer globalisierten Welt verankern. Es gibt keine gerechte Alternative.**

## **Impressum**

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Platz der Republik 1

10557 Berlin

Bezugsadresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

10557 Berlin

oder unter:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

Gesamtherstellung:

Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn

[pb.cicero@t-online.de](mailto:pb.cicero@t-online.de)

Juli 2005

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)